08.09.2010

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes I

A Problem und Regelungsbedarf

Das Bürokratieabbaugesetz I ist bis zum 31. Dezember 2010 befristet. Die Auswirkungen des Gesetzes sind durch die Landesregierung zu überprüfen. Das Ergebnis ist dem Landtag bis zum 31. August 2010 mitzuteilen. Mit diesem Gesetzentwurf kommt die Landesregierung zum Einen ihrer Berichtspflicht nach und zum Anderen zieht sie gleichzeitig die sich daraus ergebenden notwendigen Konsequenzen.

Teilweise sind Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes bereits durch andere Gesetze aufgehoben worden (Regelungen zum Widerspruchsverfahren durch das Bürokratieabbaugesetz II vom 09. Oktober 2007, Regelungen zum Landesplanungsgesetz durch Änderung des Landesplanungsgesetzes und weiterer Vorschriften vom 16. März 2010) und sind damit über die spezialgesetzlichen Vorschriften landesweit gültig. Teilweise laufen die Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I ins Leere, weil z.B. die Landeshaushaltsordnung für Hochschulen nach § 5 Absatz 2 des Hochschulfreiheitsgesetzes nicht mehr anwendbar ist.

Es bleiben die Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I zur Landesbauordnung und zum Straßen- und Wegegesetz NRW. Für beide Gesetze steht eine umfassende Novellierung an, in deren Rahmen auch über eine dauerhafte Fortgeltung der Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes 1 zu entscheiden sein wird. Für die Landesbauordnung besteht eine Berichtspflicht zum 31. Dezember 2012. Die anstehende Novellierung des Straßen- und Wegegesetzes wird ebenfalls zum Jahresende 2010 nicht abgeschlossen sein, so dass eine Verlängerung der Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2011 notwendig wird.

B Lösung

Die Befristung des Bürokratieabbaugesetzes I wird modifiziert, um zu verhindern, dass Regelungen zum 31. Dezember 2010 auslaufen, die dann zum 31. Dezember 2011 bzw. 2012 mit den geplanten Gesetzesnovellen wieder in Kraft gesetzt werden müssten.

Datum des Originals: 08.09.2010/Ausgegeben: 10.09.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de.

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Keine.

E Zuständigkeit

Federführend für das Änderungsgesetz ist das Ministerium für Inneres und Kommunales, fachlich zuständig sind die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung, beteiligt ist das Finanzministerium.

F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine. Die Voraussetzungen für die Anwendung des Konnexitätsausführungsgesetzes liegen nicht vor.

G Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte

Die Gesetzesänderung hat keine finanziellen Auswirkungen auf private Haushalte und Unternehmen.

H Gender Mainstreaming

Mit der Gesetzesänderung werden keine geschlechtsspezifischen Wirkungen erzielt.

I Befristung

Mit den Befristungen einzelner Regelungen wird das Ziel verfolgt, das Bürokratieabbaugesetz sukzessive bis zum 31. Dezember 2012 außer Kraft treten zu lassen.

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

Gesetzentwurf der Landesregierung

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Gesetz zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes I

Artikel 1

Das Bürokratieabbaugesetz I vom 13. März 2007 (GV. NRW. S. 133) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Absatz 3 und 4 werden aufgehoben.

2. Dem § 5 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

"(3) § 2 Nummer 1 Buchstabe a Satz 1, § 2 Nummer 2 und § 2 Nummer 5 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft. § 2 Nummer 1 Buchstabe a Satz 2 und Buchstabe b treten mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft. Für Verwaltungsakte, die vor dem Außerkrafttreten der jeweiligen Vorschriften dieses Gesetzes dem jeweiligen Adressaten bekannt gegeben worden sind und die nicht in einem Fachgesetz fort gelten, findet das Gesetz weiterhin Anwendung."

Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

§ 5

(1) Dieses Gesetz tritt am 15. April 2007 in Kraft.

(2) § 3 tritt mit Wirkung vom 7. Mai 2005 in Kraft.

(3) Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 2010 außer Kraft. Für Verwaltungsakte, die vor dem Außer-Kraft-Treten dieses Gesetzes dem jeweiligen Adressaten bekannt gegeben worden sind, findet das Gesetz weiterhin Anwendung.

(4) Die Auswirkungen dieses Gesetzes werden durch die Landesregierung überprüft. Die Landesregierung teilt dem Landtag das Ergebnis bis zum 31. August 2010 mit.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

Allgemein

1. Mit dem Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe vom 16. März 2004 (GV.NRW. S. 134) wurden in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe zum Zwecke des Bürokratieabbaus über einen Zeitraum von drei Jahren Vorschriften - Gesetze, Verordnungen und Erlasse - außer Kraft gesetzt oder modifiziert, um zu erproben, ob damit unternehmerisches Handeln erleichtert, Existenzgründungen gefördert und die wirtschaftliche Entwicklung in der Modellregion insgesamt voran getrieben werden kann.
2. Mit dem Ersten Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I) vom 13. März 2007 (GV.NRW. 2007 S. 133) sind die in der Modellregion erfolgreich erprobten Gesetzesabweichungen zur Entbürokratisierung und Deregulierung landesweit ausgedehnt worden. Es handelt sich dabei um auf drei Jahre befristete Ausnahmen von Vorschriften
 - des Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW) - (§ 2 Nummer 1)
 - der Landeshaushaltsordnung (LHO) - (§ 2 Nummer 2)
 - des Ausführungsgesetzes zur Verwaltungsgerichtsordnung (§ 2 Nummer 3)
 - der Landesbauordnung (BauO NRW) - (§ 2 Nummer 4)
 - des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG NRW) - (§ 2 Nummer 5)

Auf die Modellregion Ostwestfalen-Lippe begrenzt wurden Abweichungen vom Landesplanungsgesetz (LPIG) - § 3 Buchstabe a und b - .
Zeitgleich wurde das Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe vom 16. März 2004 (GV.NRW.S. 134) aufgehoben (§ 4).

3. Aufgehoben und in Fachgesetze übernommen wurden folgende Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I:
 - § 2 Nummer 3 : Abweichung vom Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung -AG VWGO- (Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in bestimmten Fällen) aufgehoben durch Artikel 2 des Zweiten Gesetzes zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz II) vom 9. Oktober 2007 (GV.NRW.S. 393)
 - § 3 : Abweichung vom Landesplanungsgesetz -LPIG- (Anzeige- statt Genehmigungspflicht bei Aufstellung und Änderung von Gebietsentwicklungsplänen) aufgehoben durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und weiterer Vorschriften vom 16. März 2010 (GV.NRW.S. 212)
4. Gegenstandslos wurden folgende Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I:
 - § 2 Nummer 2 : Abweichung von der Landeshaushaltsordnung - LHO -

Gemäß § 5 Abs. 2 des Hochschulfreiheitsgesetzes gilt die Landeshaushaltsordnung nicht mehr für Hochschulen.

§ 2 Nummer 5 Buchstabe a und b : Abweichung vom Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen - ÖPNVG NRW -

Die Regelung zu Buchstabe a - Verwendung von Zuwendungen auch bis zu sechs Monaten über den Bewilligungszeitraum hinaus - wurde zwischenzeitlich in das ÖPNVG NRW übernommen.

Die Regelungen zu Buchstabe b - früherer § 14 Absatz 1 und 2 (Erhöhung der jährlichen Pauschale für Zweckverbände) - besteht aufgrund früherer Novellen des ÖPNVG NRW nicht mehr.

5. Nicht bewährt hat sich folgende Regelung des Bürokratieabbaugesetzes I:

§ 2 Nummer 1 Buchstabe a Satz 1 : Abweichung vom Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - StrWG NRW -

Für bauliche Anlagen außerhalb der Ortsdurchfahrten können innerhalb der von zwei auf einen Monat gekürzten Frist in der überwiegenden Anzahl der Fälle keine geordneten Zustimmungsverfahren durchgeführt werden. Durch die Fristverkürzung in Verbindung mit der Zustimmungsfiktion bei Fristablauf besteht die Gefahr von rechtlich bedenklichen Entscheidungen, die negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit haben. Die Regelung sollte daher zum 31.12.2010 außer Kraft treten.

6. Bewährt haben sich folgende Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I:

§ 2 Nummer 1 Buchstabe a Satz 2 : Abweichung vom Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - StrWG NRW -

Die Fristverkürzung für die Genehmigung durch die Straßenbaubehörde von zwei Monaten auf einen Monat ist unkritisch. Es ist beabsichtigt, die Regelung in ein novelliertes StrWG aufzunehmen.

§ 2 Nummer 1 Buchstabe b : Abweichung vom Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - StrWG NRW -

Die geänderte Prioritätensetzung bei der Zulassung nichtamtlicher Hinweiszeichen wird von der Wirtschaft sehr positiv gesehen. Nach den Erfahrungen der Straßenbaubehörden hat die Regelung auch nicht zu einer kritischen Vermehrung der Schilder geführt. Die Regelung soll daher beibehalten und in ein novelliertes StrWG übernommen werden.

§ 2 Nummer 4 Buchstabe a : Abweichung von der Landesbauordnung NRW - LBauO NRW -

Die Regelung zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens bedeutet auf jeden Fall eine Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung. Unabhängig von der Fallzahl soll diese Regelung auf jeden Fall beibehalten werden.

§ 2 Nummer 4 Buchstabe b : Abweichung von der Landesbauordnung NRW - LBauO NRW -

Die Regelung zur Genehmigungsfreiheit der Errichtung und Änderung von Werbeanlagen wird von den Behörden und Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe positiv bewertet. Weitere Fallzahlen in Nordrhein-Westfalen wurden daher nicht erhoben. Die Regelung soll beibehalten werden.

§ 2 Nummer 4 Buchstabe c : Abweichung von der Landesbauordnung NRW - LBauO NRW -

Die Zulassung eines Anzeige- statt Genehmigungsverfahrens bei der Nutzungsänderung baulicher Anlagen wurde schon in Ostwestfalen-Lippe unterschiedlich bewertet. Einerseits sind Fälle vorstellbar, bei denen die Regelung eine Verfahrensvereinfachung bedeuten kann. Andererseits wird hier ein weiteres Verfahren eingeführt, wodurch die Unübersichtlichkeit der bauaufsichtlichen Verfahren steigt. Die Regelung führt im Ergebnis daher zu einer höheren Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft bei der Wahl des geeigneten Verfahrens, ohne das Ziel einer Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. Die Regelung soll als Ergebnis einer breit angelegten Diskussion unter Beteiligung von Bauaufsichtsbehörden, Interessenvertretungen der Architekten und Ingenieure sowie der Wirtschaft in dieser Form keinen Bestand haben.

Weiteres Verfahren

Die Bauordnung NRW unterliegt einer Berichtspflicht zum 31.12.2012. Die Anforderungen der Bauordnung unterliegen einer ständigen, intensiven öffentlichen Diskussion, in der teilweise auch schon Weiterentwicklungen der beschriebenen Regelungen diskutiert werden. Daher ist beabsichtigt, die Bauordnung grundlegend zu novellieren. Die Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes I werden im Rahmen dieser Novelle wie beschrieben berücksichtigt. Zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten aufgrund zu häufiger Rechtsänderungen soll die Befristung der Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes zur Bauordnung bis zum 31.12.2012 verlängert werden.

Zu den einzelnen Vorschriften

zu Artikel 1, Nummer 1

Um zu verhindern, dass das Gesetz in Gänze zum 31. Dezember 2010 außer Kraft tritt, ist § 5 Absatz 3 aufzuheben. Die Regelung des § 5 Absatz 4 wird durch dieses Änderungsgesetz erfüllt, eine Folgeregelung erübrigt sich, so dass die Vorschrift aufzuheben ist.

zu Artikel 1, Nummer 2

Die Vorschrift regelt nunmehr im Einzelnen, welche Regelungen des Bürokratieabbaugesetzes zu welchem Zeitpunkt endgültig außer Kraft treten. Außerdem wird klargestellt, dass bisher erlassene Verwaltungsakte ihre Gültigkeit behalten.

zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.